



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

# Informationsveranstaltung zur Richtlinie Lade-und Wasserstofftankinfrastruktur

Ministerium für Verkehr Abteilung 3, Referat 32 Infrastrukturförderung

in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung 4, Referat 45

Stuttgart, 13. Mai 2024



Mobilität und Lebensqualität.  
**Für Stadt und Land.** 

# Agenda

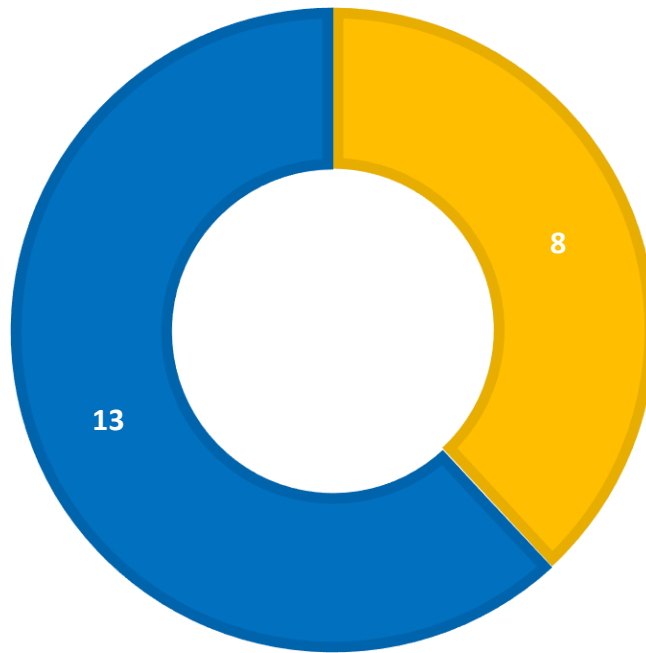
1. Begrüßung und Einführung (Frau Xander - VM)
2. Beihilferecht und daraus resultierende Anforderungen (Frau Haugstätter - VM)

## ***15 Minuten Pause***

3. Grundsätzlicher Verfahrensablauf LGVFG (Herr Oetting - RP Stuttgart)
4. Besonderheiten im Förderverfahren Ladeinfrastruktur (Herr Ellwanger - VM)
5. Rückfragen

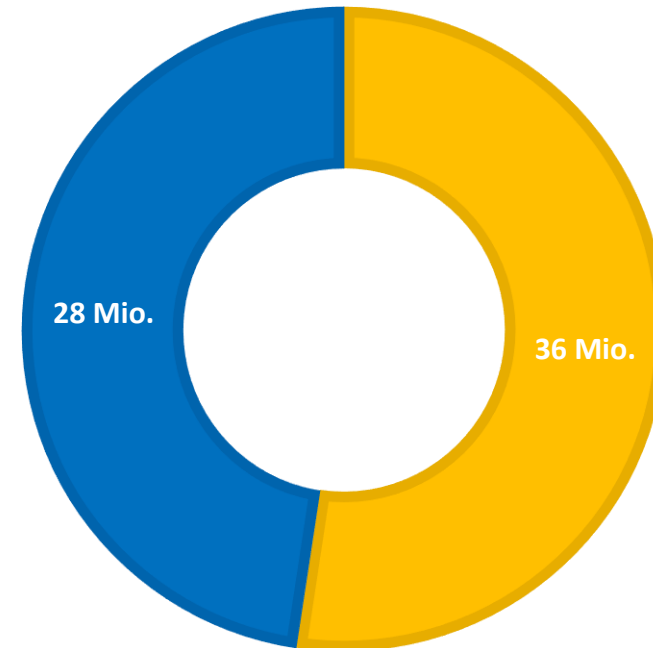
# Sachstand – Programmaufstellung 2024

## ANMELDUNGEN



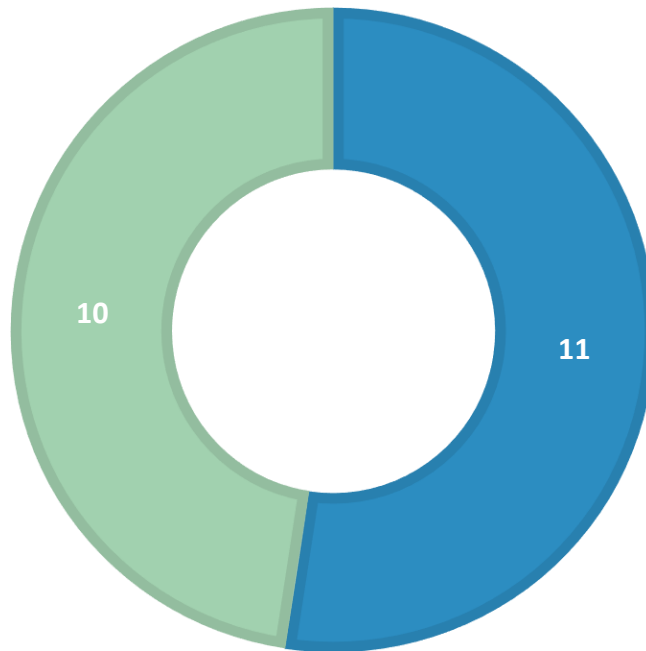
■ Kommunale Unternehmen  
■ Private Unternehmen

## FÖRDERVOLUMEN



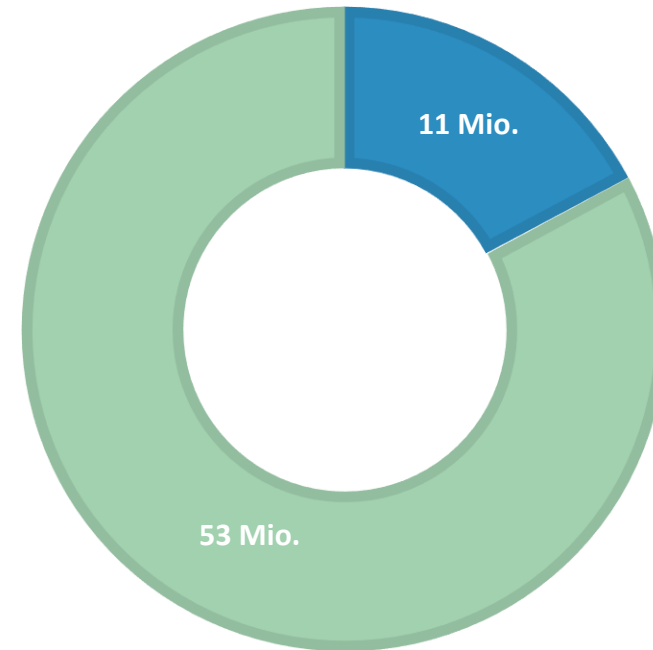
# Sachstand – Programmaufstellung 2024

## ANMELDUNGEN



■ AGVO  
■ Öffentlicher  
Dienstleistungsauftrag

## FÖRDERVOLUMEN



# Sachstand

- **Richtlinie Ladeinfrastruktur**
  - 2. Änderungsrichtlinie vom 22.04.2024 (Novelle De-minimis-VOen)
  - Formulare für Programmanmeldung und Förderantrag auf der Homepage der RPen veröffentlicht

# Fördergegenstand

- Förderung der Errichtung von Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur und der zugehörigen Netzanschlusskosten an:

Haltestellen

Multimodalen Knoten

Betriebshöfen /  
zentralen Werkstätten

➡ RL LIS erstreckt sich über mehrere Fördertatbestände

- Für andere Maßnahmen als die Installation oder Erweiterung von Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur an einem Betriebshof:

➡ Betriebshofrichtlinie

# Fördergegenstand

## **Fördervoraussetzung:**

- Ladepunkte sind zumindest während der gesamten Dauer der Zweckbindungsfrist mit Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen.
- Zum Zeitpunkt der Antragstellung: Vorhabenträger gibt eine entsprechende Selbstbestätigung ab.
- Spätestens mit Vorlage des Schlussverwendungsnachweises: Vorlage eines entsprechenden Zertifikatsnachweises über den Abschluss eines zertifizierten Grünstrom-Liefervertrags (100 % Erneuerbare Energien).

# Förderumfang

- Beihilfefähig sind grds. Kosten für den Bau, die Installation oder die Erweiterung von Lade- oder Tankinfrastruktur
- Keine pauschalen Höchstbeträge zur Ermittlung von Kosten
- Aufbau von Erfahrungswerten durch NVBW

# Förderhöhe

- Aufgrund von Klimafreundlichkeit der Vorhaben:  
Förderung i.H.v. bis zu **75 %** der zuwendungsfähigen Investitionskosten  
→ separater Nachweis des Klimanutzens nicht mehr erforderlich!
- zzgl. LGVFG-Planungskostenpauschale (Entwurfssfassung der VwV-  
LGVFG sieht neue Berechnungsmethodik vor: Gleichlauf mit  
Bundesförderung)

# Berechnung Planungskosten nach Entwurf VwV-LGVFG

- Planungskosten sind zuwendungsfähig i.H.v. pauschal 20 % der zuwendungsfähigen Investitionskosten
- Es werden nur noch Planungskosten pauschaliert (20%), nicht mehr die Zuwendung für Planungskosten
- Der Fördersatz bei den Planungskosten entspricht dem Fördersatz bei den Investitionskosten der jeweiligen Maßnahme.  
→ erhöhter Fördersatz = höhere Planungskostenförderung

Fördersatz	Förderung der Baukosten	Zuschlag Planungskosten
Regelfördersatz	50 %	10 %
Erhöhter Fördersatz	75 %	15 %

## Beachtung des Beihilferechts

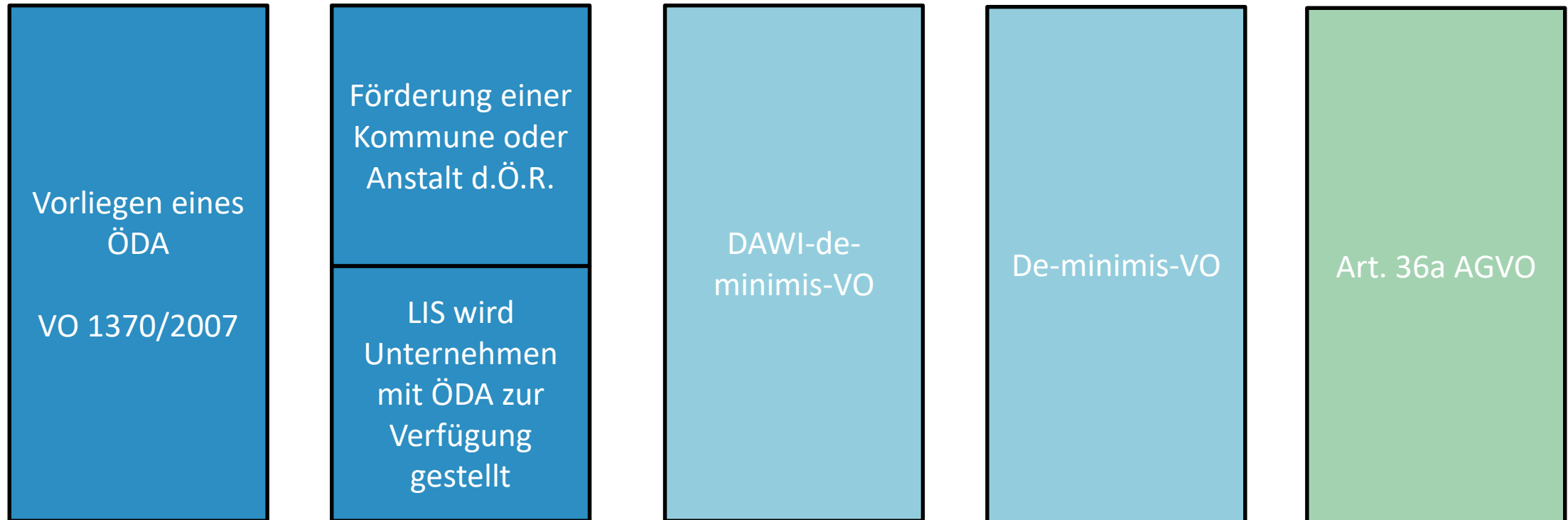
- Förderung v. Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur ist eine EU-Beihilfe
- Eine Förderung wird nur bewilligt, wenn sie **beihilferechtlich zulässig** ist
- **Rechtsicherheit** für eine Förderung nur, wenn:  
beihilferechtliche Rechtfertigungsgrundlage + Einhalten der Vorgaben

Vermeidung Rückforderung + finanzielle Belastung des Vorhabenträgers



Verkomplizierung

# Überblick beihilferechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten



# Überblick beihilferechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten

- **VO 1370/2007 Vorliegen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) wie bisher**
  - setzt Vorliegen eines ÖDA voraus, auf den Förderung anzurechnen ist.
  - entsprechende Bestätigung des Aufgabenträgers erforderlich, auch darüber, dass bei Auslaufen des ÖDA vor Ende des Abschreibungszeitraums kein beih.relevanter Vorteil beim VU verbleibt (Sicherstellung über Endschaftsregelung).

# Überblick beihilferechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten

- **Förderung einer Kommune oder einer Anstalt d.ö.R., die LIS ÖDA-Unternehmen zur Verfügung stellt**

- Es genügt, wenn ein ÖDA-Unternehmen, dem kommunale LIS zur Verfügung gestellt wird, die Infrastruktur zu mindestens 80 % für Zwecke des ÖDA und damit zu max. 20 % für andere Verkehrsleistungen verwendet
- **Neu:** Beihilferechtlich nicht mehr möglich, das LIS-Vorhaben allen potentiellen Nutzern (auch Eigenwirtschaftlern) zu kostendeckenden Entgelten zur Verfügung zu stellen (d.h. bei solchen Nutzern müssen die erhobenen Gebühren dem Marktpreis entsprechen)

# Überblick beihilferechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten

## ▪ De-minimis-VO

- beihilferechtliche Grundlage auch für Eigenwirtschaftler
- Schwellenwert seit dem 1. Januar 2024: 300.000 € (statt 200.000 €) in drei Jahren

# Überblick beihilferechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten

- **DAWI-de-minimis-VO als mögliche Rechtfertigung:**

- Aufnahme dieser Rechtfertigungsmöglichkeit durch 1. Änderungsrichtlinie zur RL LIS
- beihilferechtliche Grundlage auch für Eigenwirtschaftler
- Schwellenwert seit dem 1. Januar 2024: 750.000 € (statt 500.000 €) in drei Jahren

# Überblick beihilferechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten

- **Art. 36a AGVO (neu, veröffentlicht am 30.06.2023)**

Novellierte RL LIS ermöglicht direkte Förderung von Unternehmen, die eigenwirtschaftliche Verkehre betreiben.

Aber: Aus beihilferechtlichen Gründen sind Einschränkungen im Förderumfang und im Förderverfahren nach Bestimmungen der AGVO notwendig, vgl. Erläuterungen auf den folgenden Folien.

# Überblick beihilferechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten

## 7.1 Beihilferechtliche Rechtfertigungsgrundlage

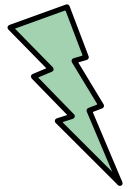
Eine Förderung wird nur bewilligt, wenn die Förderung unter eine der nachfolgenden Kategorien eingeordnet werden kann und deshalb beihilferechtlich zulässig ist. Zutreffendes bitte ankreuzen:

<input type="checkbox"/>	<b>Förderung auf Grundlage von Art. 36a AGVO</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bestehen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach VO (EG) Nr. 1370/2007</b> (Bitte Anlage 24 VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	<b>Förderung einer Kommune oder einer Anstalt des öffentlichen Rechts</b> (Bitte Anlage 25b VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	<b>Allgemeine De-minimis-Förderung</b> (Bitte Anlage 26 VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	<b>DAWI-De-minimis-Förderung</b> (Bitte Anlage 26 VwV-LGVFG beifügen)

Zuwendungsantrag zur RL LIS

# Fördergegenstand

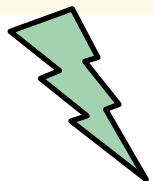
## Anforderungen an die Farbe des Wasserstoffes



In Bezug auf **Antragsteller, die sich auf die AGVO stützen**, ist die Zusage der Antragsteller, spätestens bis zum 31.12.2035 ausschließlich grünen Wasserstoff bereitzustellen, beihilferechtlich zwingend.

**Antragsteller, die sich nicht auf die AGVO berufen**, müssen sich verpflichten, dass die Tankinfrastruktur spätestens bis zum 31.12.2035 grünen, türkisenen oder blauen Wasserstoff bereitstellen wird.

# Förderumfang



## Einschränkungen bei der Rechtfertigung nach der AGVO:

- **Wird die LIS (auch) Dritten zur Verfügung gestellt, gelten die zusätzlichen Voraussetzungen der AGVO**
  - Ermöglichung eines diskriminierungsfreien Zugangs
  - Anteil neu zugelassener emissionsfreie Fahrzeuge über 3 % erfordert eine Marktstudie zur Erforderlichkeit der Beihilfe.
    - Vorhabenträger hat anhand einer aktuellen Übersicht über die Entwicklung der zugelassenen Fahrzeuge gegenüber dem RP zu bestätigen, dass der Anteil unter 3 % liegt.

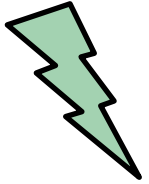
# Förderumfang

- Liegt der Anteil über 3 % hat der Vorhabenträger die durchgeführte unabhängige Marktstudie mit dem Förderantrag gegenüber dem RP nachzuweisen.

<b><u>Kraftomnibusse</u></b>	<b>Anzahl</b>	<b>Anteil in %</b>
Benzin	97	0,11%
Diesel	74.948	88,56%
Gas insgesamt	744	0,88%
Elektro (BEV)	2.651	3,13%
Hybrid insgesamt	6.077	7,18%
darunter Plug-in	48	0,06%
Sonstige	111	0,13%
<b>Deutschland insgesamt</b>	<b>84.628</b>	
<a href="#"><i>Fahrzeugzulassungen zum 01.01.2024 lt. Kraftfahrtbundesamt</i></a>		

- Marktstudie darf zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Beihilfemaßnahme (Bewilligung) nicht älter als ein Jahr sein.

# Förderhöhe



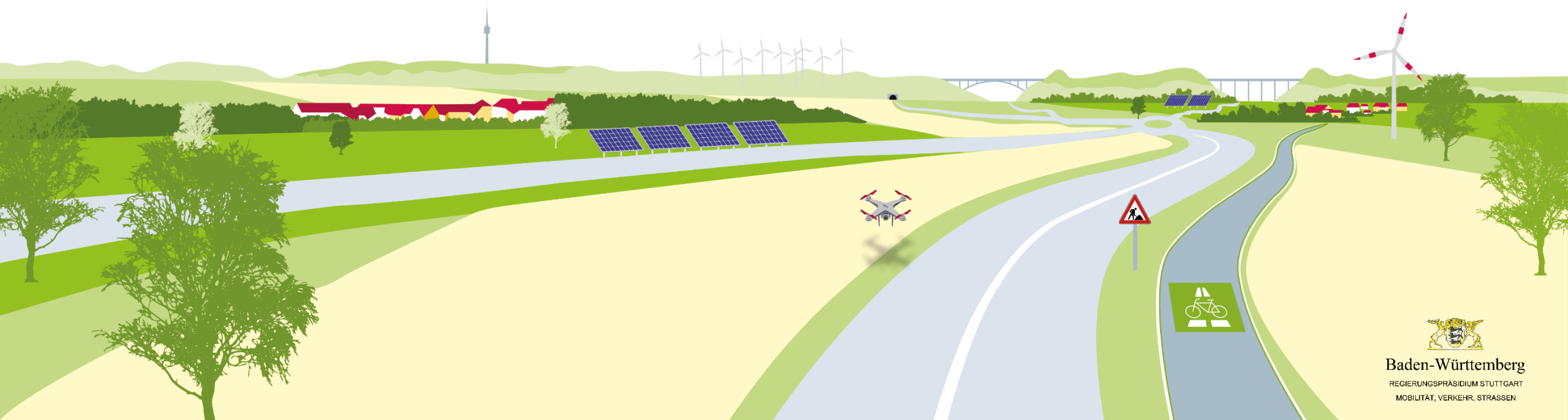
## **Einschränkungen bei der Rechtfertigung nach der AGVO:**

- keine Gewährung einer Planungskostenpauschale
- Gestehungskosten/Grunderwerbskosten nicht beihilfefähig
- Einschränkungen im Verfahren

# INFRASTRUKTURFÖRDERUNG NACH DEM LANDESGEMEINDEVERKEHRS- FINANZIERUNGSGESETZ (LGVFG)

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR **INFRASTRUKTUR**FÖRDERUNG IM BEREICH DES ÖPNV

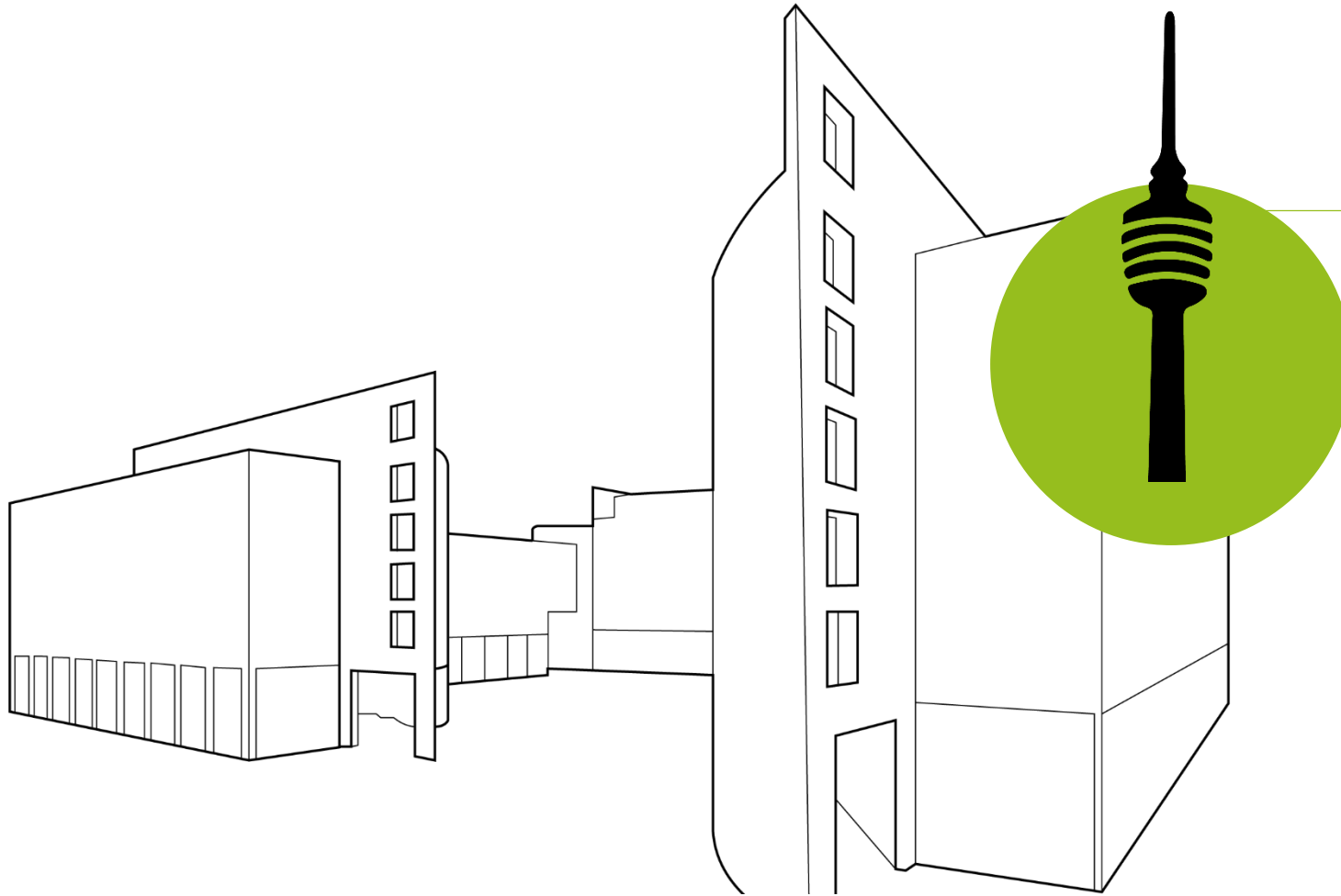
Informationsveranstaltung des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg am Montag, 13.05.2024



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART  
MOBILITÄT, VERKEHR, STRASSEN

# DAS REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART



## ABTEILUNG 4: MOBILITÄT, VERKEHR, STRAßEN

Referat 45:  
Regionales Mobilitätsmanagement

Sachgebiet 2:  
Verkehr (Bereich ÖPNV Förderung)  
Industriestr. 5 | 70565 Stuttgart

## WEITERE REGIERUNGSPRÄSIDIEN



# REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART

## ANSPRECHPARTNER



STUTTGART

### DIRK OETTING (KOORDINATION)

Telefon: 0711 904 – 14505

E-Mail: [dirk.oetting@rps.bwl.de](mailto:dirk.oetting@rps.bwl.de)

### KATHRIN FRANK (BARRIEREFREIHEIT / BUSHALTESTELLEN)

Telefon: 0711 904 – 14530

E-Mail: [kathrin.frank@rps.bwl.de](mailto:kathrin.frank@rps.bwl.de)

### JUTTA BOCKSBERGER (OMNIBUSBETRIEBSHÖFE / LADEINFRASTRUKTUR)

Telefon: 0711 904 – 14509

E-Mail: [jutta.bocksberger@rps.bwl.de](mailto:jutta.bocksberger@rps.bwl.de)

# REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN UND KARLSRUHE

## ANSPRECHPARTNER



TÜBINGEN

BERATUNG UND FÖRDERUNG VON ÖPNV-MAßNAHMEN  
Konrad-Adenauer-Str. 20 | 72072 Tübingen

HERR VOLK

Telefon: 07071 757 – 3630

FRAU GEITEL

Telefon: 07071 757 – 3689



KARLSRUHE

Schlossplatz 4-6 | 76131 Karlsruhe | Anschluss 0721 926 –

# BEREICH NORDSCHWARZWALD UND BEREICH MITTLERER OBERRHEIN

## ANSPRECHPARTNER



NORDSCHWARZWALD

Landkreise Calw | Enzkreis | Freudenstadt | Stadtkreis Pforzheim

FRAU NEUBERGER

Durchwahl: 8873



MITTLERER OBERRHEIN

Landkreis Karlsruhe | Stadtkreis Karlsruhe | AVG | VBK |  
Landkreis Rastatt | Stadtkreis Baden-Baden

HERR BECKER

Durchwahl: 3060

FRAU KRAUS

Durchwahl: 9240

## ANSPRECHPARTNER



RHEIN-NECKAR

Rhein-Neckar-Kreis | Stadtkreis Mannheim | RNV | MV  
Neckar-Odenwald-Kreis | Stadtkreis Heidelberg | HSB

FRAU SCHWER

Durchwahl: 3384

FRAU KRAUS

Durchwahl: 9240



FREIBURG

FÖRDERBERATUNG | ABWICKLUNG | CONTROLLING | DOKUMENTATION

Bissierstraße 7 | 79114 Freiburg

HERR CHRISTNER

Telefon: 0761 208 – 4429

# ABLAUFSCHEMA FÖRDERVERFAHREN

## ANMELDUNG



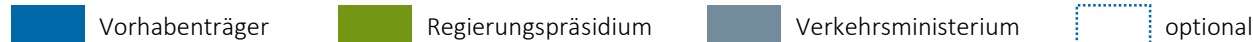
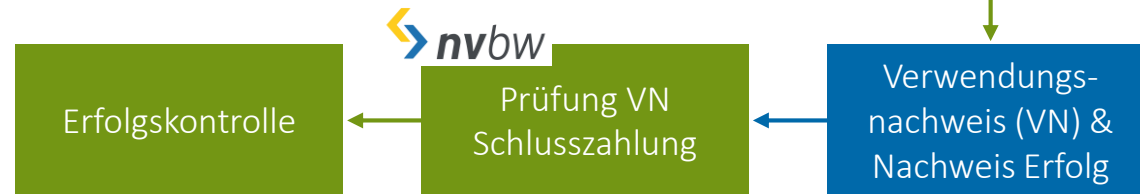
## FÖRDERANTRAG



## BAU



## VERWENDUNGSNACHWEIS



# ZEITLICHER ABLAUF

VORFELDBETREUUNG / FÖRDERBERATUNG: (zeitlich unkritisch, kann jederzeit stattfinden)

PROGRAMMANMELDUNG (Absichtserklärung): **Frist 31. Oktober des laufenden Jahres für das Folgejahr** (bei besonderer Dringlichkeit mit Zustimmung des Ministeriums für Verkehr unterjährige Aufnahme möglich)

01. MÄRZ DES FOLGEJAHRES: Aufstellung bzw. Fortschreibung des Landesprogramms durch Verkehrsministerium (Bekanntgabe und Verkündung Ende März); Aufnahme in das Förderprogramm und Information an Antragssteller

AUFNAHME IN DAS LANDESPROGRAMM: Beginn **einer dreijährigen Frist zur Einreichung des Zuwendungsantrags** wobei das Aufnahmejahr nicht berücksichtigt wird. Beispiel: Aufnahme 2024 bedeutet Antrag muss bis 31.12.2027 eingegangen sein

NACH EINREICHUNG DES ZUWENDUNGSANTRAGS: Prüfung durch das zuständige Regierungspräsidium und die NVBW; kann durchaus mehrere Monate in Anspruch nehmen! Wenn Mittel zur Bewilligung zur Verfügung stehen kann der Zuwendungsbescheid erlassen werden

Mit Rechtskraft des Bescheides sind ABSCHLAGSZAHLUNGEN möglich



## ALLGEMEINE INFORMATIONEN

# ZEITLICHER ABLAUF

FERTIGSTELLUNG DER MAßNAHME: Verwendungsnachweis zeitnah einreichen

VERWENDUNGSNACHWEIS wird vom Regierungspräsidium und der NVBW geprüft

In der Regel erfolgt eine SCHLUSSZAHLUNG (Restbetrag) und das Verfahren ist abgeschlossen

Zweckbindungsfrist (i.d.R. 6 Jahre bei Ladeinfrastruktur bzw. 8 Jahre bei Wasserstoffinfrastruktur)



# ABLAUF IN DER PRAXIS

- Förderberatung einfordern (grobes Konzept sollte vorhanden sein)!
- Erste Einschätzung kann das zuständige Regierungspräsidium abgeben.
- Bei komplexeren Themen Hinzuziehung der NVBW (qualifizierte Auskunft Förderfähigkeit).
- Grundsätzliche Themen werden an das Ministerium für Verkehr herangetragen:
  - Hinweise auf Interpretation der aktuellen Vorschriften
  - Finale Festlegung der Förderfähigkeit
  - Klärung von Fragen im Rahmen von Erlassen und Fortschreibung der Vorschriften



# Informationsquellen / Gesetze / Vorschriften

LGVFG (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)

VwV-LGVFG (Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des LGVFG)

Richtlinien zur VwV-LGVFG

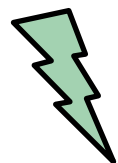
Links:

- <https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wirtschaft/foerderungen/fb85/oepnv/>
- <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/abt4/ref45/>
- <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme/lgvfg/>
- [https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Stuttgart/Abteilung\\_4/Referat\\_45/DocumentLibraries/Documents/45\\_LGVFG\\_Infoveranstaltung\\_210712.pdf](https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Stuttgart/Abteilung_4/Referat_45/DocumentLibraries/Documents/45_LGVFG_Infoveranstaltung_210712.pdf)



# Besonderheiten im Förderverfahren auf Grundlage der AGVO

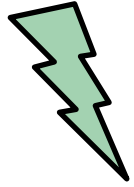
Für Anträge auf Grundlage der AGVO gelten besondere Bestimmungen



## **Für Förderungen auf Grundlage der AGVO gilt:**

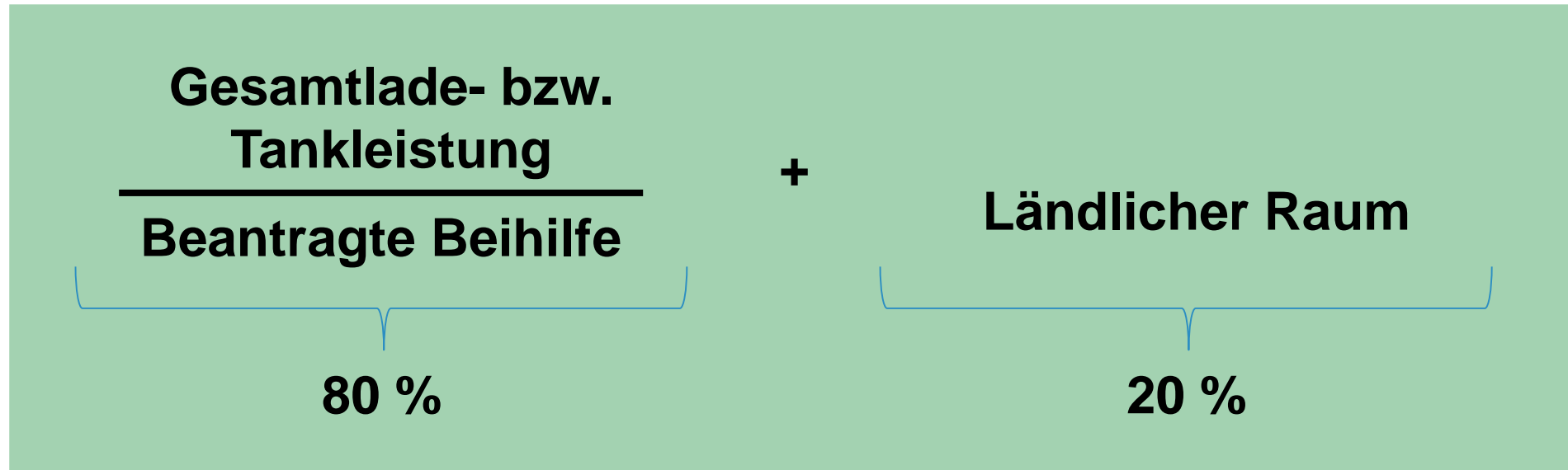
- Ausschreibungsverfahren erforderlich
- Hintergrund: beihilferechtliche Vorgabe aus der AGVO
  - wettbewerblicher Denkansatz der EU
  - nur die „Besten“ dürfen Beihilfen erhalten
  - auch bei ausreichenden Fördermitteln zwingend

# Besonderheiten im Förderverfahren auf Grundlage der AGVO



## Für Förderungen auf Grundlage der AGVO gilt:

- Reihung der Anmeldungen auf Basis der in der RL LIS genannten Auswahlkriterien:



# Auswahlkriterium: kostengünstiges Angebot mit 80%-Gewichtung

- Maßgebend: beantragte Beihilfe im Programmanmeldeformular
- Das kostengünstigste Angebot im Verhältnis zur Gesamtladeleistung bzw. bei Wasserstofftankinfrastruktur im Verhältnis zur Gesamttankleistung wird am höchsten eingestuft.
  - Die Gesamtladeleistung ist die Summe der Einzelladeleistungen (der förderfähigen Ladepunkte), die bei gleichzeitiger Nutzung zur Verfügung gestellt werden können

**Gesamtlade- bzw. Tankleistung**  

---

**Beantragte Beihilfe**

# Auswahlkriterium: Ländlicher Raum mit 20%-Gewichtung

- Maßgebend ist der Landesentwicklungsplan 2002 BW für Einstufung des Gebiets als ländlicher Raum
- Bei der Programmanmeldung des Vorhabens gibt der Vorhabenträger an, ob die Lade- oder Wasserstofftankinfrastruktur im ländlichen Raum errichtet wird.

# Hinweise für die Programmanmeldung

## 9 Angabe für die Reihung bei einer Förderung nach Art. 36a AGVO

Für Förderungen, die sich auf Art. 36a AGVO als beihilferechtliche Grundlage stützen, wird anhand der in Ziff. 7.1 der RL Ladeinfrastruktur beschriebenen Auswahlkriterien eine Reihung der Anmeldungen vorgenommen.

Bitte füllen Sie im Fall einer beihilferechtlichen Rechtfertigung nach Art. 36a AGVO Ziff. 9 dieses Formulars vollständig aus. Bei einer sonstigen Rechtfertigung ist Ziff. 9 dieses Formulars nicht auszufüllen.

### 9.1 Auswahlkriterium: Eingereichtes Angebot (beantragte Beihilfe im Verhältnis zur Gesamtlade- bzw. Gesamttankleistung: Gewichtung 80%)

**Hinweis:** Bei der Berechnung der Höhe der beantragten Beihilfe ist Ziff. 6 der RL Ladeinfrastruktur zu beachten. Die Gesamtladeleistung ist die Summe der Einzelleistungen (der förderfähigen Ladepunkte), die bei gleichzeitiger Nutzung zur Verfügung gestellt werden können, vgl. Ziff. 7.1 der RL Ladeinfrastruktur.

Angaben zum eingereichten Angebot	
Höhe der beantragten Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg in Euro (vgl. Ziff. 5 dieses Formulars)	
Angabe der Gesamtladeleistung der zu fördernden Ladeinfrastruktur	
Angabe der Gesamttankleistung der zu fördernden Wasserstofftankinfrastruktur	

### 9.2 Auswahlkriterium: Ländlicher Raum (Gewichtung: 20 %)

Bitte kreuzen Sie an, ob sich das Vorhaben im ländlichen Raum befindet. Maßgebend ist der Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg:

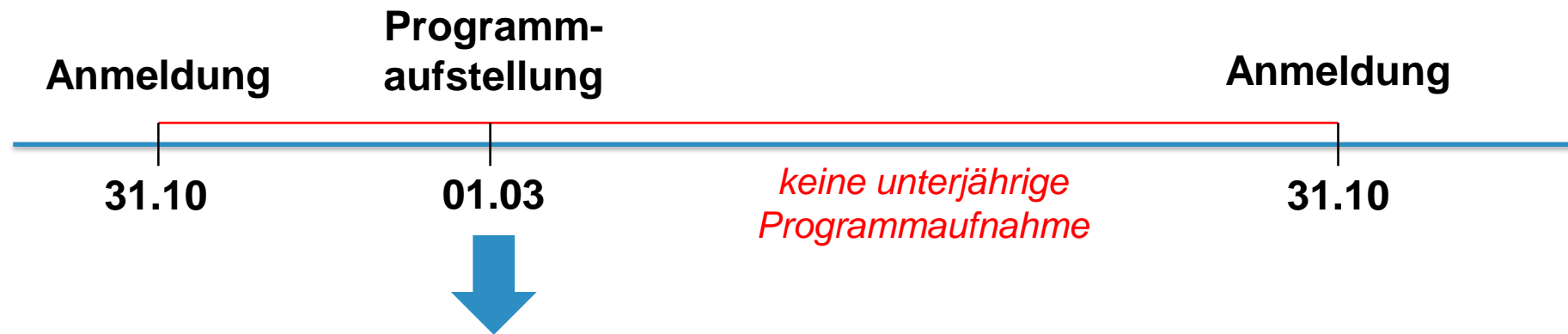
<input type="checkbox"/>	Ja, das Vorhaben befindet sich im ländlichen Raum
<input type="checkbox"/>	Nein, das Vorhaben befindet sich nicht im ländlichen Raum

## 10 Begründung

Bitte in einem gesonderten Schreiben darstellen:

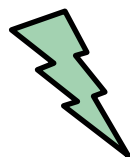
<input type="checkbox"/>	<b>Beschreibung des Vorhabens</b> (einschließlich Stand bau- und planungsrechtlicher Genehmigungsverfahren sowie Darlegung, ob und gegebenenfalls welche Zusammenhänge zwischen dem Vorhaben des ÖPNV und dem städtebaulichen Vorhaben bestehen und mit welchem Ergebnis die Vorhaben aufeinander abgestimmt sind, siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur, VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)
<input type="checkbox"/>	<b>Erläuterungsbericht</b> (Dabei ist insbesondere auf den Förderzweck und das Förderziel des Vorhabens sowie auf den tatsächlichen verkehrlichen Bedarf einzugehen. Weiterhin ist darzulegen, dass die Ziele der Raumordnung beachtet und deren Grundsätze sowie die Landesplanung berücksichtigt sind und das Förderprojekt in einem Generalverkehrsplan oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan oder qualifizierten Fachkonzept oder in einem Lärmaktionsplan nach § 47 d BImSchG oder in einem Luftreinhalteplan nach § 47 BImSchG vorgesehen ist oder dass diese Voraussetzungen voraussichtlich zum Zeitpunkt der Förderung vorliegen werden. Die Belange von Natur und Landschaft dürfen dem Vorhaben nicht entgegenstehen, siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur, VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)
<input type="checkbox"/>	<b>Übersichtsplan des Vorhabens</b> (mit Darstellung des Liniennetzes) (siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur, VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)
<input type="checkbox"/>	<b>Priorisierung bei mehreren Vorhaben</b> eines Vorhabenträgers (siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur, VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)

# Besonderheiten im Förderverfahren auf Grundlage der AGVO



	Antrag	Punktzahl
1	Antrag D	97
2	Antrag C	95
3	Antrag B	80
4	Antrag A	<del>67</del>

# Besonderheiten im Förderverfahren auf Grundlage der AGVO



- **Für Förderungen auf Grundlage der AGVO gilt:**
  - Kostensteigerungen anders als im LGVFG-Regelverfahren nicht berücksichtigungsfähig:
    - keine Berücksichtigung von Kostensteigerungen zwischen Programmaufnahme und Bewilligung
    - keine Anwendung der Härtefallregelung möglich

Anlage 1 zur Richtlinie Ladeinfrastruktur – Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Bei kommunalen Körperschaften über die Rechtsaufsichtsbehörde	
an das zuständige Regierungspräsidium:	

**Zuwendungen des Landes auf Grundlage der Richtlinie zur  
VwV-LGVFG über die Förderung von Lade- und Wasser-  
stofftankinfrastruktur (RL Ladeinfrastruktur) vom  
07.09.2023**

### Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

#### 1 Vorhabenträger<sup>1</sup> (bitte stets vollständig ausfüllen)

<b>Kontaktdaten des Vorhabenträgers</b>	
Name des Unternehmens/ Kom- mune/Landkreis/Verband/Verein (Be- zeichnung des Antragstellers)	
Rechtsform	
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	
Ansprechpartner (Name, Telefon, E- Mail)	

<sup>1</sup> Soweit aus dem Zusammenhang nichts Anderes hervorgeht, steht ein Begriff wie „Antragsteller“, „Auftraggeber“ oder „An-  
sprechpartner“ jeweils für Singular und Plural und wird geschlechtsneutral verwendet und schließt jegliche Geschlechtsform  
ein.

2

#### 2 Angaben zum Fördervorhaben

Genaue Bezeichnung der Maßnahme	
Standort der Maßnahme (Postleitzahl, Ort, Wahlkreisnummer/-bezeichnung, Gemeindekennziffer)	
Geplanter Vorhabenbeginn	
Geplantes Vorhabensende	
Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung in Euro Hinweis: Bitte geben Sie die insgesamt benötigte öffentliche Finanzierung an, d.h. auch andere staatliche Zuwendun- gen als die Landeszuwendungen nach der RL Ladeinfrastruktur, siehe Ziff. 8.2 der RL Ladeinfrastruktur	

#### 3 Gesamtkosten

	Euro
3.1 Gesamtkosten des Vor- habens	
3.2 davon förderfähig nach Ziff. 6 der RL Ladeinfrastruk- tur	
3.3 davon nicht förderfähig	

3

#### 4 Berechnung der Höhe der Förderung des Landes

	Euro
4.1 Förderfähige Investitionskosten (vgl. Ziffer 3.2 dieses Formulars)	
4.2 beantragte Höhe der Förderung (bis zu 75 % der förderfähigen Investitionskosten; siehe Ziff. 8.1 der RL Ladeinfrastruktur)	
4.3 voraussichtliche Planungskostenpauschale (Ziff. 8.1 der RL Ladeinfrastruktur i.V.m. VwV-LGVFG) Hinweis: Bei Förderungen nach der AGVO kann die Planungskostenpauschale nicht gewährt werden.	
4.4 Beantragte Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg (Summe aus Ziffern 4.2 und 4.3)	

4

#### 5 Finanzierungsplan

5.1 Gesamtkosten (s. Ziffer 3.1 dieses Formulars)	
5.2 davon Eigenmittel, Eigenleistungen	
5.3 davon Fremdmittel (Kredite) <sup>2</sup>	
5.4 davon Mittel/Leistungen Dritter (ohne öffentliche Zuwendungen)	
5.5 davon beantragte Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg (siehe Ziff. 4.4 dieses Formulars)	
5.6 davon beantragte sonstige öffentliche Zuwendungen	

#### 6 Voraussichtliche Landesfinanzhilfe für das angemeldete Vorhaben im Jahr

Jahr					
Voraussichtlich anteiliger Bedarf in %					

<sup>2</sup> Gilt nicht für kommunale Körperschaften

## 7 Beihilferechtliche Ausgestaltung für die Zuwendung nach der RL Ladeinfrastruktur

### 7.1 Beihilferechtliche Rechtfertigungsgrundlage

Eine Förderung wird nur bewilligt, wenn die Förderung unter eine der nachfolgenden Kategorien eingeordnet werden kann und deshalb beihilferechtlich zulässig ist. Zutreffendes bitte ankreuzen:

<input type="checkbox"/>	Förderung auf Grundlage von Art. 36a AGVO
<input type="checkbox"/>	Bestehen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach VO (EG) Nr. 1370/2007 (Bitte Anlage 24 VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	Förderung einer Kommune oder einer Anstalt des öffentlichen Rechts (Bitte Anlage 25b VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	Allgemeine De-minimis-Förderung (Bitte Anlage 26 VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	DAWI-De-minimis-Förderung (Bitte Anlage 26 VwV-LGVFG beifügen)

### 7.2 Art der Beihilfe

Bitte kreuzen Sie an, um welche Art der Beihilfe es sich handelt (Angabe **nur bei einer Förderung nach Art. 36a AGVO** erforderlich, vgl. RL Ladeinfrastruktur Ziff. 4.1. a.E.):

<input type="checkbox"/>	Zuschuss (Regelfall)
<input type="checkbox"/>	Sonstiges und zwar:

## 8 Erklärungen des Antragstellers

### 8.1 Allgemeine Erklärungen

<input type="checkbox"/>	Vom Inhalt der Richtlinie des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg über die Förderung von Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur (Richtlinie Ladeinfrastruktur vom 07.09.2023) und der Änderungsrichtlinie hierzu vom 22.04.2024 habe ich Kenntnis genommen.
<input type="checkbox"/>	Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids begonnen
	Der Vorhabenträger ist bezüglich der Maßnahme:
<input type="checkbox"/>	nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.
<input type="checkbox"/>	zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preis ohne Umsatzsteuer).
<input type="checkbox"/>	Hiermit wird bestätigt, dass die übrige Finanzierung des beantragten Vorhabens in geeigneter Weise sichergestellt ist.
<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass die Angaben dieses Antrags zur Gewährung einer Zuwendung sowie hierzu beigefügte Anlagen vollständig und richtig sind. Änderungen zu den Angaben im Antrag und den beigefügten Anlagen werde ich dem Regierungspräsidium unverzüglich mitteilen. Mir ist bekannt, dass falsche beziehungsweise unvollständige Angaben zum Widerruf/Rücknahme der Zuwendung führen können.
<input type="checkbox"/>	Mir ist bekannt, dass die in diesem Formular gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ich verpflichtet bin, der Bewilligungsstelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen des Zuschusses entgegenstehen oder die für dessen Rückforderung erheblich sind (§ 1 des Landessubventionsgesetzes Baden-Württemberg (LSbvG) in Verbindung mit § 3 Absatz 1 des Subventionsgesetzes des Bundes (SubvG).
<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass mein Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Absatz 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) bzw. im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. C244 vom 1.10.2004, S.2) ist. <sup>3</sup>

<sup>3</sup> Gilt nicht für kommunale Körperschaften

7

<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass gegen mein Unternehmen keine Rückforderung von Beihilfen auf Grund einer Entscheidung der EU-Kommission angeordnet wurde, der mein Unternehmen nicht nachgekommen ist. <sup>4</sup>
<input type="checkbox"/>	<b>Nur bei Förderung auf Grundlage von Art. 36a AGVO:</b> Ich versichere die Erforderlichkeit der Beihilfe für Investitionen in Lade- oder Tankinfrastruktur nach Maßgabe der Ziff. 6 der Richtlinie Ladeinfrastruktur.

### 8.2 Erklärung bei Bereitstellung von Wasserstofftankinfrastruktur

<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass ich unverzüglich die Bewilligungsbehörde in Kenntnis setze, sollte ab 2036 entgegen meiner heutigen Erklärung nicht der entsprechende Wasserstoff verwendet werden.
<input type="checkbox"/>	<b>Gilt nur für Antragsteller, die sich auf Art. 36a AGVO stützen:</b> Ich versichere, dass meine Wassertankinfrastruktur ab 2036 ausschließlich grünen Wasserstoff bereitzustellen wird, vgl. zu den Anforderungen Ziff. 5 der Richtlinie Ladeinfrastruktur.
<input type="checkbox"/>	<b>Gilt nur für Antragsteller, die sich nicht auf Art. 36a AGVO stützen:</b> Ich versichere, dass meine Wassertankinfrastruktur ab 2036 ausschließlich grünen, türkisenen oder blauen Wasserstoff bereitzustellen wird, vgl. zu den Anforderungen Ziff. 5 der Richtlinie Ladeinfrastruktur.

### 8.3 Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energien

<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass ich während der gesamten Dauer der Zweckbindungsfrist die Ladepunkte mit Strom aus erneuerbaren Energien versorge. Spätestens mit dem Schlussverwendungsnachweis lege ich einen entsprechenden Zertifikatsnachweis über den Abschluss eines zertifizierten Grünstrom-Liefervertrags (100 Prozent Erneuerbare Energien) vor.
--------------------------	--

<sup>4</sup> Gilt nicht für kommunale Körperschaften

8

## 9 Anlagen

Bitte fügen Sie dem Antrag folgende Anlagen bei:

<input type="checkbox"/>	Genehmigungs- und Entwurfsplanung
<input type="checkbox"/>	Erläuterungsbericht
<input type="checkbox"/>	Übersichtsplan
<input type="checkbox"/>	aktuelle Kostenermittlung
<input type="checkbox"/>	aktueller Bauzeitenplan
<input type="checkbox"/>	Rechtsgenehmigungen (zum Beispiel Bebauungsplan, Plangenehmigung, Planfeststellung, Baugenehmigung)
<input type="checkbox"/>	Generalverkehrsplan oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan bzw. Liniennetzplan oder Ähnliches
<input type="checkbox"/>	Nachweis, dass der Finanzierungsanteil des Vorhabenträgers gesichert ist
<input type="checkbox"/>	Abhängig von der beihilferechtlichen Rechtfertigungsgrundlage, die unter Ziff. 7.1 dieses Antrags genannte Anlage (Anl. 24, 25b bzw. 26)

Gegebenenfalls weitere Anlagen:

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

--

Datum, Unterschrift

# Vielen Dank

Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg  
Dorotheenstraße 8  
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 89686-0

[poststelle@vm.bwl.de](mailto:poststelle@vm.bwl.de)

[www.vm.baden-wuerttemberg.de](http://www.vm.baden-wuerttemberg.de)

